

Bürgerbeteiligung - 16.11.2013 - 1 Kommentar

Demonstranten: Mit uns kann man nicht alles machen



Von Wigbert Gerling

Bremen.



© Frank Thomas Koch

Bürgerinitiativen versammelten sich gestern vor dem Haus der Bürgerschaft. Auf Plakaten forderten sie mehr Gehör bei der Politik. Oben im Festsaal begann unterdessen eine Diskussion über „Bürgerbeteiligung zwischen Wunsch und Wirklichkeit.“

Vertreter mehrerer Bürgerinitiativen haben gestern Nachmittag vor dem Eingang zum Haus der Bürgerschaft ihre Protestplakate hochgehalten. Eine Losung lautete: „Mit uns kann man nicht alles machen!“ Im voll besetzten Festsaal oben im Parlamentsgebäude trafen sich zeitgleich die Besucher einer Diskussionsveranstaltung: „Bürgerbeteiligung zwischen Wunsch und Wirklichkeit.“

„Bürgerwillen ernst nehmen“ – „Bausenat will verwalten, wir wollen gestalten“: Dies gehörte zur Kritik, die via Transparent an die Gäste der Veranstaltung im

Parlamentshaus übermittelt wurde. Unter anderem ging es um die „Waller Mitte“, einen Platz, der in einem größeren Ausmaß als verabredet zur Baufläche werden soll, wie Anne Schweisfurth erklärte, Sprecherin der Bürgerinitiative dort.

Zur Diskussion im Haus der Bürgerschaft waren unter anderem mehrere Staatsräte und politische Vertreter aus den Stadtteilen gekommen. Begrüßt wurden sie vom Bürgerschaftspräsidenten Christian Weber, der betonte, die parlamentarische Demokratie sei die „Substanz des politischen Systems“. Sie sei keine Protestkultur, bei der sich am Ende Einzelinteressen gegen das Anliegen der Gemeinschaft durchsetzen könnten.

Der Parlamentspräsident betonte, unverkennbar wolle die Bevölkerung mitsprechen und mitgestalten – und zwar nicht nur am Wahltag. Eine solche „stärkere Beteiligung ist richtig und wichtig“, erklärte Weber. Ex-Staatsrat Christoph Hoppensack hob als Vorstandsvorsitzender der Bürgerstiftung hervor, dass seine Organisation die Bürgerbeteiligung zu ihren Arbeitsschwerpunkten zähle. Er verwies darauf, dass die Abgeordneten im Dezember über einen umfangreichen Antrag zu diesem Thema beraten wollten.

Diese parlamentarische Initiative trägt unter anderem die Unterschrift der grünen Abgeordneten Marie Hoppe, die jüngst ihre Diplomarbeit vorgelegt hat, in der sie sich wissenschaftlich mit Formen der Bürgerbeteiligung befasst. Einer ihrer Diplom-Gutachter, Peter Kruse, nahm gestern an der Veranstaltung im Haus der Bürgerschaft teil, wo die Arbeit der Absolventin auch vorgestellt und analysiert wurde.

„Bremer Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung: Betroffene zu Beteiligten machen!“ So lautet die Überschrift zu dem Bürgerschaftsantrag, der von Marie Hoppe unterzeichnet ist. Die Landesregierung wird darin aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, das sich als „Leitbild“ für eine künftige Bürgerbeteiligung eigne. Unter anderem wird erwartet, dass klar beschrieben wird, „wie bei Planungsvorhaben regelmäßig geprüft werden kann, ob eine Beteiligung stattfinden kann, und nach welchen Kriterien entschieden wird, ob und in welcher Form eine Beteiligung stattfinden soll“.

Weitere Artikel aus diesem Ressort

- [Knapp 60 neue Ortstafeln in Bremen: Es raschelt im Schilderwald](#)
- [SPD: Minister ignoriert Finanzlage: Kritik an Vorwurf von de Maizière](#)
- [Drogenabhängiger schlägt 84-Jährige: Mann überfällt seine Nachbarin](#)
- [130 Pädagogen diskutieren auf Fachtagung über die Zukunft der](#)